

borderline-europe, Sizilien

# SCIROCCO

*Kurzinfo aus Italien*



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021, aktuell in einem monatlichen Rhythmus.

## Politische und soziale Situation

Immer wieder werden die gravierenden Probleme in italienischen Aufnahmezentren vor Gericht gebracht. Derzeit wird eine [Beschwerde des Osservatorio Migranti von Verona](#) bei der Präfektur geprüft, in der die **Zwangsverwaltung aller von der Genossenschaft San Francesco verwalteten Zentren CAS (Centri di Accoglienza Straordinaria) gefordert** wird. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht der Region Venetien eine ähnliche Klage abgewiesen. Nach Ansicht der Richter\*innen entsteht der Genossenschaft „kein schwerer und nicht wiedergutzumachender Schaden“, wie es in der von [Laura Tedesco](#) im Corriere di Verona veröffentlichten Begründung heißt. In einigen Unterkünften der Genossenschaft, wie in jener in Gazzo Veronese, seien die hygienischen Bedingungen nach wie vor problematisch und die mangelnde Betreuung der Schutzsuchenden wirke sich negativ auf ihre gesundheitliche Situation aus. Aufgrund der mangelnden Pflege der Außenanlagen kam es dort zu einer „regelrechten Invasion von Kakerlaken und Schaben“, die für die Bewohner\*innen des gesamten Gebäudes zu einem Alptraum wurde. Zudem wurde die Auszahlung des Taschengeldes systematisch aufgeschoben und Kleidung sowie Hygieneartikel nicht bereitgestellt.

Auf internationaler Ebene wurde der italienische Staat wegen der **rechtswidrigen Inhaftierung** und der schlechten Bedingungen in den Aufnahmeeinrichtungen verurteilt. Nach einer [Bewertung des Minister\\*innenkomitees des Europarates](#) habe Italien versäumt, das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) *J.A. und andere vs. Italien* (Berufung Nr. 21329/18) umzusetzen, bezüglich der **Inhaftierung und der Bedingungen innerhalb des Hotspots von Lampedusa**. Die italienischen Behörden wurden erneut dazu aufgefordert, notwendige Maßnahmen zur Umsetzung des Urteils zu ergreifen. Die italienischen Nichtregierungsorganisationen ASGI und Maldusa hatten sich an dem Verfahren

mit einem [Memorandum](#) beteiligt. Die Hotspots werden nach wie vor **systematisch als Orte des informellen Gewahrsams für ausländische Personen** genutzt, seien häufig überfüllt, die Bedingungen unzumutbar und der Zugang zu rechtlichen Informationen sehr begrenzt, so ASGI und Maldusa.

Auch [Amnesty International](#) klagt an, dass Italien Migrant\*innen unter Strafbedingungen in Einrichtungen inhaftiert, die nicht den internationalen Standards entsprechen würden und **Menschen ihrer Freiheit und Würde beraubt**. Zudem ist der Zugang zu Asylverfahren und zu Gerichten nicht gesichert. Diese Bedenken sind angesichts der Entscheidung Italiens, Haftzentren auf albanischem Territorium zu errichten, umso dringlicher, mahnt Amnesty International.



Foto: Hédi Benyounes, unsplash

Matteo Piantedosi plant, dass es künftig ein Abschiebehafenzentrum (CPR, Centri di permanenza per i rimpatri) pro Region in Italien geben soll. **Derzeit sind 10 CPR in Betrieb**, in Bari, Brindisi, Caltanissetta, Rom, Palazzo San Gervasio (Potenza), Trapani (unklar, ob geöffnet), Gradisca d'Isonzo, Macomer (Nuoro) und Mailand. Laut des italienischen Innenministers [Matteo Piantedosi](#) sollen die Standorte für neue Abschiebehafenzentren in Kasernen, auf stillgelegten Militärfeldern oder in ehemaligen Industriegebieten liegen. Dort sollen Menschen aus sog. „sicheren Drittländern“ für bis zu 18 Monaten festgehalten werden können.

## Menschenrechtsverletzungen in Tunesien

Wie in der [Ausgabe 12/2024](#) dieses Newsletters bereits ausführlich berichtet, wird die **staatliche Gewalt und der Rassismus gegenüber Migrant\*innen in Tunesien** kontinuierlich verstärkt. Vergangenen Mai wurden in Tunesien die Zwangsdeportationen an den Grenzen zu Algerien

und Libyen fortgesetzt und Aktivist\*innen, Anwält\*innen und Journalist\*innen, die vor dem Gebäude der Internationalen Organisation für Migration und dem UNHCR protestiert hatten, verhaftet. Damit gehen auch die Vertreibungen von Schutzsuchenden aus informellen Unterkünften, sowie die Repressionen gegen humanitäre Organisationen im Migrationsbereich Hand in Hand. Weitere Informationen dazu gibt es [hier](#) und [hier](#) sowie in einem [Bericht der Vereinten Nationen \(UN\)](#) über massive Misshandlungen von Geflüchteten an der tunesischen Grenze und Deportationen in libysche Foltergefängnisse. Der UN zufolge wurden in diesem Jahr bereits **2.000 Menschen in die Haftzentren von al-Assa und Nalounach in Libyen deportiert**. Dafür arbeiteten tunesische Grenzbeamt\*innen mit ihren libyschen Kolleg\*innen zusammen. Der Bericht basiert auf Interviews mit Betroffenen, die v.a. aus Palästina, Syrien, dem Sudan und Süd-Sudan geflohen sind. Bei drei Personen konnten **Anzeichen für Folter** nachgewiesen werden.

#### **Updates zum bilateralen Abkommen zwischen Italien und Albanien**

Die **Sozialgenossenschaft Medihospes hat den 133 Millionen Euro schweren Auftrag gewonnen**, italienische Aufnahmezentren für Asylbewerber\*innen in Gjadër und Shengjin (beides Albanien) zu betreiben. Damit habe das Unternehmen in Italien mittlerweile eine **Monopolstellung**, so das Ergebnis einer [kritischen Analyse von Altreconomia](#). Seit Anfang des Jahres hat Medihospes bereits 62 Aufträge erhalten. Sie verwaltet u.a. den Hotspot in Messina, die Einrichtung in der ehemaligen Cavarzerani-Kaserne in Udine und die beiden größten Aufnahmezentren in Mailand und bietet eine Vielzahl von „Dienstleistungen“ an: von temporären Wohnhilfeszentren (Caat) für Notunterkünfte über die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und Minderjährigen bis hin zu einer Reihe von Ausschreibungen für „technische administrative Unterstützungsdienste für städtische Ämter“. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu **Strafverfahren gegen die Genossenschaft**, erklärt [Fabrizio Coresi von ActionAid](#), hauptsächlich wegen logistischer, administrativer oder struktureller

Unregelmäßigkeiten, aber auch in Bezug auf die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen für die Menschen.“



Foto: Jorono, Pixabay, unsplash

Noch immer ist nicht abschließend geklärt, ob das bilaterale Abkommen zwischen Italien und Albanien mit Europäischem Recht in Einklang steht und ob möglicherweise [Sanktionen](#) für Italien folgen werden. Ideologisch ist das Abkommen bereits jetzt ein **weiterer Präzedenzfall der unmenschlichen, gewaltvollen und menschenrechtswidrigen Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union**, der ähnlichen Plänen die Tür öffnet. So prüft mittlerweile auch die [deutsche Bundesregierung](#) „Optionen“ für die Auslagerung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten. Bei einem Treffen zwischen Bundeskanzler Scholz und den Ministerpräsidenten der Bundesländer am 20. Juni wurde die Bundesregierung gebeten, auf dem Deal zwischen Italien und Albanien aufbauend „konkrete Modelle für die Durchführung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten zu entwickeln und insbesondere die notwendigen Änderungen der EU-Regelungen und ggf. des nationalen Asylrechts anzugehen“, d.h. **Gesetze entsprechend der menschenverachtenden Migrationspolitik der systematischen Auslagerung von Schutzsuchenden zu ändern**.

Mit dem Kommentar „[Eine verschwendete Milliarde: Die Absurdität der Migrationszentren in Albanien](#)“ verdeutlicht Innocenzo Cipoletta, was der italienische Staat anstelle der extraterritorialen Zentren hätte tun können: **Investitionen in die Aufnahme, Bildung, und Unterbringung von Migrant\*innen**. Stattdessen werden in den nächsten fünf Jahren mehr als eine Milliarde Euro in die Zentren in Albanien fließen. Für rund **150.000 Euro pro**



**Tag wurde ein Schiff von einer privaten Firma gemietet.** Auf dieses sollen bis zu ca. 800 Geflüchtete, die von italienischen Behördenschiffen in internationalen Gewässern gerettet wurden, umgebootet und nach Albanien gebracht werden. Die Opposition kritisiert, dass viele der Zahlen irreführend sind: beispielsweise gibt die Regierung an, es könnten 3.000 Menschen monatlich durch die albanischen Zentren geschleust werden. Laut Opposition sind die genannten 3.000 aber die Maximalkapazität der Zentren. Um diese Versprechen zu halten, müssten monatlich 3.000 Asylverfahren entschieden und Rückführungen umgesetzt werden. Die Verfahren in Italien dauern aktuell wesentlich länger, weshalb vermutlich deutlich weniger Menschen in den albanischen Zentren aufgenommen werden können, als die Regierung öffentlich behauptet. Zudem sollen laut den [Plänen des italienischen Innenministeriums](#) ausschließlich erwachsene Männer aus sog. „sicheren Herkunftsländern“ nach Albanien gebracht werden; Frauen, Minderjährige und vulnerable Geflüchtete sollen weiterhin von Italien aufgenommen werden. Auf See, einige Seemeilen südlich von Lampedusa, sollen Schutzsuchende von den Rettungsbooten der Küstenwache an ein privates Schiff übergeben und anschließend in einer etwa 50 Stunden dauernden Fahrt zum albanischen Hafen von Shëngjin gebracht werden. Von dort aus sollen sie schließlich ein zweites Internierungslager gebracht werden, das 20 Kilometer weiter im Landesinneren liegt. Die beiden Einrichtungen werden **unter italienischer Gerichtsbarkeit stehen und von italienischem Personal betrieben werden** – obwohl sie auf dem Territorium von Albanien liegen.

#### **EU-Externalisierungspolitik: Grenzen töten**

Die Festung Europa tötet – das ist leider keine Neuigkeit, sondern allen bewusst, die sich näher mit den Methoden der europäischen Grenzpolitik auseinandersetzen.

Maurizio Pagliassotti zeigt in [dieser Analyse](#), dass die wiederkehrenden Schiffbrüche, bei denen jedes Mal unzählige Menschen sterben, kein Zufall sondern das Ergebnis einer **Strategie der Europäischen Union sind, die auf Gewalt und Repression beruht** und durch bilaterale Abkommen und exterritoriale Hotspots (wie in Albanien) ergänzt werde. Mit katastrophalen Konsequenzen, wie **der**

**jüngste Schiffbruch 120 Meilen vor der Küste von Roccella Jonica (Italien)** zeigt, bei dem 66 Menschen ertrunken sind, darunter Dutzende von Kindern. Das Boot, das wahrscheinlich aus der Gegend von Izmir (Türkei) kam, befand sich in der italienischen Such- und Rettungszone und doch wurde der Schiffbruch nicht verhindert. Auch Griechenland habe seine geopolitische Position in einen ideologischen und wirtschaftlichen Vorteil verwandelt: „Die Landgrenze zur Türkei entlang des Flusses Evros ist in der Tat ein Kriegsgebiet, in dem ein noch nie dagewesener Militärapparat gegen flüchtende Menschen eingesetzt wird, die versuchen, eine Wasserstraße auf Flößen zu überqueren. Das Gleiche gilt für die Ägäis, wo die BBC vor einigen Tagen die außer Kontrolle geratenen Praktiken der Küstenwache anprangerte“, so der Autor.



„Die Regierung tötet auch im Sommer“, Palermo

#### **Situation der Geflüchteten**

##### **Ausbeutung von Migrant\*innen**

Durch eine Zeugenaussage und behördliche Ermittlungen ist ein neuer Fall der **systematischen Ausbeutung von migrantischen Arbeiter\*innen** publik geworden. Ein Marokkaner, der über Monate hinweg zu mehr als 15 Stunden landwirtschaftliche Arbeit am Tag gezwungen wurde – als Landarbeiter am Tag und Wache des Stalls in der Nacht – hatte Anzeige erstattet: „Ich musste in einem Wohnwagen neben einer Güllefabrik schlafen, der weder Licht noch einen Wasseranschluss hatte. Um mich zu waschen, musste ich das Wasser aus dem Stall benutzen und einmal in der Woche konnte ich in der

Wohnung der Besitzer\*innen duschen [...]. Als ich mich verletzte, brachte mich niemand ins Krankenhaus." So beschreibt der Betroffene die [Situation auf einem Hof bei Teramo \(Abruzzen\)](#). Die beiden Unternehmer\*innen, eine Mutter und ihr Sohn, haben Migrant\*innen **unter falschen Versprechen im Internet angeworben** und stehen nun wegen rechtswidriger Vermittlung und Ausbeutung der Arbeit unter Verletzung nationaler Verträge und Arbeitsschutzvorschriften vor Gericht.



Foto: Nikko Macaspac, unsplash

Während die Frau mit einem Aufenthaltsverbot in der Hauptstadt belegt wurde, steht ihr Sohn als Koordinator des Unternehmens unter Hausarrest. Der Betroffene wie auch andere Opfer der Zwangsarbeit befindet sich derzeit in einer geschützten Einrichtung, die von den [Vereinten Nationen](#) betreut wird. Es ist nicht auszuschließen, dass auch andere Personen auf demselben Hof ausgebeutet wurden- und nicht nur dort. Nadia Urbinati macht in [diesem Beitrag](#) in der italienischen Tageszeitung Domani auf **das Geschäft mit illegalisierten Migrant\*innen** aufmerksam: „Es stimmt nicht, dass Migrant\*innen unsichtbar sind. Sie sind für alle sehr sichtbar, doch unsere Normen und Mentalität dienen dazu, sie abzuschirmen. Wir wollen sie nicht als Arbeiter\*innen sehen, sondern als Irreguläre, die den Interessen derjenigen ausgesetzt sind, die nicht irregulär sind.“ Sie beschreibt damit, wie das problematische Narrativ der „illegalisierten“ die tatsächliche Ausbeutung begünstigt.

Die **Gewerkschaft Fillea CGIL von Modena setzt sich auf der Straße und anwaltlich für ausgebeutete migrantische Arbeiter\*innen ein** und konnte Erfolge erzielen. „Wir werden als Straßengewerkschaft betrachtet [...]. Wir möchte unterdrückten

Arbeiter\*innen eine Stimme, Würde und Freiheit geben. Das Bossi-Fini-Gesetz muss aufgehoben werden, denn es macht Migrant\*innen erpressbar und noch anfälliger“, erklärte [Pietro Imperato](#) vom Sekretariat der Fillea CGIL in Modena. Er berichtet von einem Arbeiter im Baugewerbe, der mit einem Lohn von einem Euro pro Stunde und ohne Versicherungen ausgebeutet wurde. Er stehe sinnbildlich für die Schwierigkeiten, mit denen viele Wanderarbeiter\*innen tagtäglich konfrontiert sind: **Ausbeutung, Sprachbarrieren, fehlende Unterstützung.** [Arianna Gaddi](#) vom Zentrum für ausländische Arbeiter\*innen erklärte, dass sich der Betroffene im Zentrum für ausländische Arbeiter\*innen der Arbeitskammer von Modena meldete. Zusammen mit der Sprachmittlerin Souad Elkaddani und dem Rechtsanwalt Vandelli reichte das Zentrum anschließend eine Beschwerde wegen des Arbeitsverhältnisses und des fehlenden Lohns bei der Arbeitsaufsichtsbehörde ein und stellte Strafanzeige gegen den Arbeitgeber wegen schwerer Ausbeutung. Der Fall zeigt die wichtige Funktion der Gewerkschaften und anderer Unterstützungs-organisationen bei der Durchsetzung der Rechte von Wanderarbeiter\*innen.

In Campofiorito, einer kleinen Stadt in der Provinz Palermo (Sizilien), leben aktuell 142 Migrant\*innen auf 1.150 Einwohner\*innen in einem SAI (System für Unterkunft und Integration). Damit sei **Campofiorito die italienische Stadt mit den meisten Migrant\*innen pro Einwohner\*innen**. Die Stadt feierte Anfang Juli das 10-jährigen Bestehen des Integrationsprojekts mit einer öffentlichen Debatte, die von dem Journalisten Salvatore Ferro moderiert wurde, und durch ein Rahmenprogramm mit Videos, Musik, Tanz und Essen ergänzt wurde. Der amtierende [Bürgermeister Giuseppe Oddo](#) betrachtet die Politik der Kleinstadt als „Frucht einer Politik und Haltung, die noch weiter reifen muss, die sowohl geistig als auch ethisch begründet ist und die die gesamte Gemeinschaft einbezieht.“ Zudem sei sich Campofiorito der Tatsache bewusst, dass Integration notwendig sei – und keine Krise darstelle. Besonders wurde von der [Stadtverwaltung](#) als gelungene Integration betont, dass sechs der Migrant\*innen mittlerweile einen Arbeitsvertrag haben, zwei von ihnen unbefristet. Die Stadt feiert

sich an dieser Stelle für Erfolge, die eigentlich eine Normalität sein sollten.

### **Kriminalisierung von Geflüchteten: Quartalsbericht des Projektes "From Sea to Prison" des Arci Porco Rosso und borderline-europe**

Es werden Fälle von inhaftierten Personen vorgestellt, mit denen das Arci Porco Rosso aktuell im Kontakt steht und deren Gerichtsverfahren sie begleitet. Analysiert werden die Auswirkungen des kriminalisierenden Narrativs der rechten italienischen Regierung und die der verabschiedeten Gesetze auf die tatsächlich Betroffenen.

### **„Die vergessene Jugend der Altstadt“**

In ihrem neuen Artikel im gemeinsamen Monitoring-Projekt berichtet das Arci Porco Rosso über die Situation von ausländischen Jugendlichen in Palermo, die durch die jetzige Politik immer weiter marginalisiert und so in die Kriminalität gedrängt werden. Von fehlenden Beratungsstellen und Integrationsmaßnahmen zu prekären Aufenthaltsstati und Gentrifizierung – der politische Kurs muss eine neue Richtung einlegen, um weitere Marginalisierung und Gewalt zu verhindern. Der Bericht ist [hier](#) zu lesen.

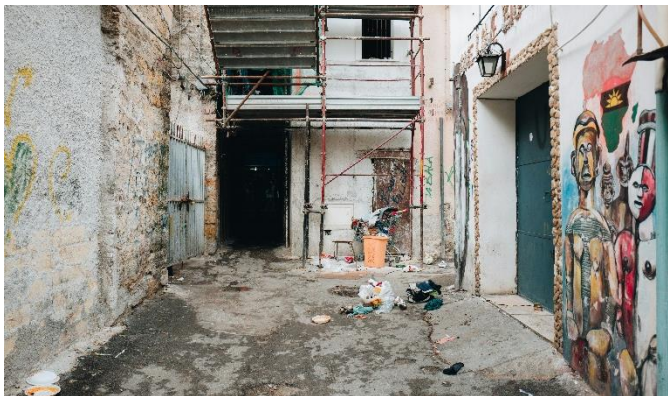


Foto: Tomas Anton Escobar, unsplash

### **„Sudanesische Geflüchtete im Libanon – die übersehene Community und ihre Herausforderungen mit dem UNHCR und der libanesischen Gesellschaft“**

Im neuen Artikel von Anja Pilchowski geht es um die Probleme, denen sudanesische Geflüchtete im Libanon ausgesetzt sind. Die mangelnde Registrierung durch den UNHCR und die sudanesischen Behörden drängen die Menschen in

den Status als illegalisierte Geflüchtete und verhindern die Eintragung für Resettlement-Programme sowie dem Zugang zu offiziellen Arbeitsverträgen und einer Krankenversicherung. Der englische Artikel ist [hier](#) zu finden. Eine deutsche Version folgt bald.

**Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).**

Kontakt

[borderline-europe](#)

**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**

<https://www.borderline-europe.de/>  
[italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash